Presseaussendung

Tiroler Gemeindeverband fordert Evaluierung der Transferleistungen

Präsident Schubert mahnt mehr Transparenz und strukturelle Reformen ein

Innsbruck, 06. Mai 2026

Der Tiroler Gemeindeverband (TGV) fordert eine umfassende und neutrale Evaluierung der finanziellen Transferleistungen zwischen Bund, Land Tirol und den Tiroler Gemeinden. Anlass dieser Presseaussendung ist die zunehmende Belastung der Gemeinden durch eine Verschiebung der Finanzströme, die Präsident Karl-Josef Schubert als kritisch und unausgewogen bewertet.

Die Transferleistungen betreffen zentrale Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge, wie Bildung, Infrastruktur, medizinische Versorgung und soziale Dienstleistungen. In den vergangenen Jahren haben sich die finanziellen Lasten zunehmend zu Ungunsten der Gemeinden verschoben, wodurch deren Handlungsspielräume stark eingeschränkt werden. Präsident Schubert betont: „Die Gemeinden leisten einen unverzichtbaren Beitrag zum Funktionieren unseres Landes. Es ist jedoch nicht hinnehmbar, dass sie immer mehr Aufgaben und Lasten schultern müssen, während die Verteilung der Mittel immer intransparenter und für die Kommunen nachteiliger wird."

Der TGV fordert daher eine transparente Analyse der Finanzströme durch eine neutrale Stelle, idealerweise durch den Landesrechnungshof, der ggf. auch durch einen entsprechenden Gesetzesauftrag dazu verpflichtet werden könnte. Nur eine objektive und nachvollziehbare Evaluierung kann die Grundlage für eine gerechtere Verteilung schaffen und die tatsächlichen Herausforderungen offenlegen. Die bisherigen Erkenntnisse des KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung – bestätigen die Problematik der aktuellen Transfermechanismen und zeigen Reformbedarf auf.

Aus Sicht des Tiroler Gemeindeverbandes sind strukturelle Reformen unerlässlich, um langfristig eine faire und ausgewogene Verteilung der finanziellen Mittel sicherzustellen.

Dies ist nicht nur im Interesse der Gemeinden, sondern auch der Bürgerinnen und Bürger, die auf funktionierende kommunale Leistungen angewiesen sind.

Abschließend kündigt Präsident Schubert an, in den kommenden Wochen intensive Gespräche und Verhandlungen mit dem Land Tirol zu führen, um gemeinsam tragfähige Lösungen zur Verbesserung der Verteilungsgerechtigkeit zu erarbeiten.